

# Bezirksparteitag der FDP Ostwestfalen-Lippe am 25.03.2017 in Vlotho

Seite 1

ANTRAG NR.

---

## Zeile

### 1 **FDP für medizinische Fakultät**

2

3 Die ärztliche, insbesondere die ambulante Versorgung in Ostwestfalen-Lippe (OWL) ist mittelfristig  
4 gefährdet. Nach der letzten Schätzung der Ärztekammer Westfalen-Lippe (ÄKW) aus dem Jahre  
5 2011 werden in Kammerbereich Westfalen-Lippe bis 2025 weit über 3.000 Ärztinnen und Ärzte alters-  
6 bedingt aus ihrer Tätigkeit ausscheiden. Der Ersatzbedarf in OWL ist im Vergleich zu Westfalen-Lippe  
7 überdurchschnittlich hoch, da hier ab 2017 (verschärft ab 2030) deutlich mehr Ärzte aus der Versor-  
8 gung ausscheiden werden als neu hinzukommen. Beleg für die Dramatik der Situation ist, dass bereits  
9 heute viele Kassensitze in OWL wegen fehlendem Nachwuchs nicht mehr besetzt werden können, so  
10 dass die ambulante ärztliche Versorgung, insbesondere im ländlichen Bereich, immer mehr ausdünt.  
11 Verschärft wird die Versorgungssituation noch durch die Tatsache, dass sich die Leistungsnachfrage  
12 aufgrund der demographischen Entwicklung deutlich zunehmen wird. Um dem kommenden Ärzte-  
13 mangel entgegenzuwirken, ist die derzeitige Dependance-Lösung mit ca. 60 Studentinnen und Stu-  
14 denten, die ihre universitäre Heimat in Bochum haben und ihre praktische Ausbildung in Herford und  
15 Minden nicht ausreichend.

16 Die Einrichtung einer Medizinischen Fakultät OWL soll aber nicht nach dem klassischen Muster nur  
17 der medizinischen Ausbildung gelten sondern sich von Beginn an in Kooperation mit dem Wissen-  
18 schaftsstandort OWL entwickeln. Zukunftsorientierte technische Entwicklungen wie z. B. Digitalisie-  
19 rung und Robotik sollen eingebunden werden, um technische Lösungen für die kommenden Probleme  
20 der medizinischen Versorgung z. B. in ländlichen Räumen zu entwickeln. So soll ein „Medizin-Cluster“  
21 entstehen, der attraktiv ist für zukünftige Studentinnen und Studenten, Lehrkräfte, Wissenschaftler und  
22 industrielle Ansiedlungen.

23 Die Freien Demokraten in Ostwestfalen-Lippe fordern daher eine medizinische Fakultät mit 200 Stu-  
24 dentinnen und Studenten mit Sitz in Bielefeld, wobei die praktische Ausbildung an verschiedenen  
25 Krankenhäusern in OWL erfolgen sollte. Es ist abzuklären, inwieweit bereits Strukturen bestehen, um  
26 Synergien zu nutzen und die Kosten zu mindern.

27

28

### 29 **Begründung**

30 Die jetzt realisierte Dependance-Struktur kann nicht als endgültige Lösung, sondern nur als Übergang  
31 zur Einrichtung einer medizinischen Fakultät angesehen werden. Nur eine eigenständige Fakultät  
32 kann die oben angesprochenen Versorgungsprobleme lösen. Um einen wirksamen „Klebe-Effekt“ zu  
33 erzielen, müssen die Studentinnen/Studenten ausreichend lange in der Region bleiben, um diese  
34 besser kennenzulernen und ausreichend soziale Kontakte zu knüpfen. Das jahrelange Studium bietet  
35 hierfür einen ausreichenden Zeitraum. Diese soziale Anbindung ist schließlich die Grundlage dafür,  
36 dass die jungen Ärztinnen und Ärzte nach dem Studium auch in der Region verbleiben, hier ihre Wei-

# Bezirksparteitag der FDP Ostwestfalen-Lippe am 25.03.2017 in Vlotho

Seite 2

ANTRAG NR.

## Zeile

1 terbildung aufnehmen und sich idealerweise dann in OWL niederlassen oder eine Karriere im Kran-  
2 kenhaus anstreben. Man muss sich darüber im Klaren sein, dass diese Phase aus Studium und Wei-  
3 terbildung über 10 Jahre dauert. Eine zügige Realisierung des Projektes ist also dringend geboten.  
4 Die Dependance-Lösung bietet diese Vorteile nicht. Die Studentinnen und Studenten werden die ers-  
5 ten 3 Jahre in Bochum bleiben und erst dann in die Region kommen. Da in diesen 3 Jahren sich die  
6 meisten in Bochum eingerichtet haben werden, werden sich die wenigsten in OWL ansiedeln. Es ist  
7 vielmehr davon auszugehen, dass sich die Studierenden montags Richtung OWL und freitags Rich-  
8 tung Ruhrgebiet oder ihre jeweilige Heimat bewegen werden. Der „Klebe-Effekt“ wird dürftig ausfallen.  
9 Folge wird sein, dass sich nur wenige für eine Weiterbildung in OWL interessieren sondern sich hin-  
10 zum großstädtischen Raum orientieren werden. Eine relevante nachhaltige Verbesserung der Versor-  
11 gungsproblematik in OWL ist nicht zu erwarten.

12 Wir erwarten von der zukünftigen Landesregierung alles Erforderliche einzuleiten, um eine eigenstän-  
13 dige Medizinische Fakultät in Bielefeld einzurichten und die hierfür erforderlichen Mittel im Landes-  
14 haushalt einzustellen. Für 200 Studierende sind entsprechende Kapazitäten hinsichtlich Gebäude  
15 bzw. Hörsäle bereitzustellen. Für die einzelnen Fachbereiche sind Lehrstuhlinhaber zu benennen,  
16 soweit diese nicht bereits vor Ort sind. Weiterhin müssen natürlich die personellen Strukturen der  
17 nachgeordneten Kräfte geschaffen werden, um die Ausbildung zu gewährleisten. Als Vorbild könnte  
18 hier die Universität Bochum dienen, die die vorklinische Ausbildung zentral in Bochum (hier z. B.  
19 Bielefeld), die klinische Ausbildung dezentral in Bochum und Herne durchführt (bei uns z. B. in Biele-  
20 feld, Gütersloh, Minden, Paderborn und Höxter neben den bereits bestehenden Strukturen in Herford  
21 und Minden). Im vorklinischen Bereich sind natürlich Investitionen insbesondere erforderlich bzgl. der  
22 apparativen Ausstattung erforderlich (z. B. Sektionsräume für die Anatomie, Übungsräume für die  
23 Physiologie usw.).

24 Nur eine Medizinische Fakultät kann mittel- bis langfristig als Lösungsansatz zur Sicherung der ärztli-  
25 chen Versorgung in OWL, insbesondere im ländlichen Bereich, angesehen werden. Eine Medizinische  
26 Fakultät wird OWL weiter aufwerten und z. B. zusätzliche Arbeitsplätze in nicht unerheblichem Aus-  
27 maß schaffen. Eine Medizinische Fakultät wird den Wissenschaftsstandort OWL stärken und sichern.

28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36

# Bezirksparteitag der FDP Ostwestfalen-Lippe am 25.03.2017 in Vlotho

Seite 3

ANTRAG NR.

---

## Zeile

### 1 **Handel nicht verunsichern, Stadtteilsteste schützen**

2

3 Die ostwestfälische FDP appelliert an die Gewerkschaft verdi, von weiteren Klagen und insbesondere  
4 von Anträgen auf einstweiligen Rechtsschutz gegen Sonntagsöffnungen wegen fehlendem Anlassbe-  
5 zug abzusehen. Wir fordern, die Verunsicherungen unseres lokalen Einzelhandels zu beenden und  
6 die Planung und Durchführung von Stadtteilstesten nicht weiter zu erschweren.

7 Eine neue Landesregierung bleibt aufgefordert, zügig eine rechtssichere Regelung zu finden, um da-  
8 mit das untaugliche rot-grüne Landenschlussgesetz abzulösen.

9

10

### 11 **Begründung**

12 Der Einzelhandel ist ein wichtiges Standbein für die Wirtschaft in den Städten und Gemeinden und  
13 unverzichtbar für lebendige Innenstädte. Sonntage zählen im Internethandel zu den umsatzstärksten  
14 Wochentagen. Derzeit sind verkaufsoffene Sonntage nur anlassbezogen möglich. Wir müssen dem  
15 stationären Handel die Chance und die Möglichkeit zu einem fairen Wettbewerb geben.

16

17 Die von der rot-grünen Landesregierung unnötig verschärften Regelungen zu Sonntagsöffnungen  
18 haben durch den Anlassbezug eine völlig unnötige Verkomplizierung der Rechtslage verursacht.  
19 Demnach muss die Sonntagsöffnung in Verbindung mit einem traditionellen Fest oder einem anderen  
20 Anlass stehen, die Absicht der Sonntagsöffnung darf nicht im Vordergrund stehen. Insbesondere bei  
21 neuen Terminen ist dies schwierig nachzuweisen, so dass Klagen große Erfolgswahrscheinlichkeiten  
22 haben. Willkürlich hat die Gewerkschaft verdi in OWL einen verkaufsoffenen Sonntag in der Stadt  
23 Bünde durch Gerichtsentscheid untersagen lassen und angekündigt, weitere Klagen einzureichen.  
24 Hierdurch ist in unserer Region erhebliche Rechtsunsicherheit entstanden.

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

# Bezirksparteitag der FDP Ostwestfalen-Lippe am 25.03.2017 in Vlotho

Seite 4

ANTRAG NR.

---

## Zeile

1 **Kein Verbot des Versandhandels mit Arzneimitteln – den Apothekenmarkt stärken!**

2

3 Die FDP Ostwestfalen-Lippe spricht sich entschieden gegen jegliche Pläne der Bundesregierung aus,  
4 den Versandhandel mit rezeptpflichtigen Medikamenten in Deutschland zu verbieten und tritt für faire  
5 Rahmenbedingungen ein. Gerade der Online-Versandhandel vermag eine flächendeckende und kos-  
6 tengünstige Versorgung mit Arzneimitteln, ergänzend zu den vor Ort unerlässlichen Apotheken, si-  
7 cherzustellen und setzt im Zuge des mit ihm verbundenen Wettbewerbs wirksame Anreize für Effi-  
8 zienzsteigerungen und zukünftige umfassende Liberalisierungen des Apotheken- und Medikamen-  
9 tenmarktes, die zu einer allgemeinen Verringerung der Kosten im Gesundheitssystem führen werden.

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

# Bezirksparteitag der FDP Ostwestfalen-Lippe am 25.03.2017 in Vlotho

Seite 5

ANTRAG NR.

---

## Zeile

### 1 **Die Zukunft der Sparkassen und Volksbanken sichern**

2

3 Deutschland ist geprägt durch ein funktionierendes Bankensystem aus regionalen Sparkassen, Volks-  
4 und Raiffeisenbanken und Geschäftsbanken. Sie sind für die Versorgung der Wirtschaft mit Krediten,  
5 für die Immobilienfinanzierung und für die Geldanlage breiter Schichten der Bevölkerung unerlässlich.  
6 Allein in Nordrhein-Westfalen stehen 102 Sparkassen und 95 Genossenschaftsbanken mit weiteren  
7 Geschäftsbanken im intensiven Wettbewerb. Diese Vielfalt ist einmalig in Europa und deshalb ein  
8 großer Standortvorteil für unser Land.

9

10 Diese Vielfalt ist jedoch in Gefahr. Die Nullzinspolitik der EZB entzieht besonders den regionalen  
11 Sparkassen- und Volksbanken ihre Ertragsmöglichkeiten auf der Einlagen- und auf der Kreditseite.  
12 Sie werden dadurch gezwungen ihr ohnehin ausgedünntes Geschäftsstellen- und Filialnetz noch wei-  
13 ter zurückzufahren.

14

15 Eine Vielzahl von Aufsichtsbehörden auf nationaler und europäischer Ebene zwingt die Banken zu  
16 einem immer größeren Aufwand, um die Anforderungen an das Berichtswesen, die Eigenkapitalaus-  
17 stattung, die Kreditvergabe und den Verbraucherschutz zu erfüllen. Zu wenig wird dabei nach unter-  
18 schiedlichen Größen und Aufgabenbereich der Institute unterschieden. Die Folge dieser staatlichen  
19 Regulierung ist eine aufgezwungene Marktberreinigung und eine weitere Konzentration im Bankenbe-  
20 reich. Die Lehre aus der Finanzkrise 2007/2008 ist aber: je größer Banken sind, desto höher ist ihr  
21 Erpressungspotential gegenüber den Steuerzahlern. Regulierung darf daher nicht neue Risiken beför-  
22 dern, sondern muss die Risiken durch Vielfalt minimieren.

23

24 Daraus folgt:

25

26 1. Die Bankenaufsicht muss die unterschiedlichen Größenverhältnisse stärker berücksichtigen.  
27 Kleinere Institute von nur regionaler Bedeutung müssen wieder ausschließlich national und  
28 lediglich von einer Behörde beaufsichtigt werden.

29

30 2. Die Umsetzung europäischer Richtlinien muss gerade der Vielfalt des deutschen Bankensek-  
31 tors Rechnung tragen. Sie darf nicht dazu führen, dass, wie aktuell bei Umsetzung der Immo-  
32 bilienkreditrichtlinie, Personengruppen, die bislang ganz normal an Immobiliendarlehen ab-  
33 schließen konnten, nunmehr davon ausgeschlossen sind, weil Sie zu alt oder mögliche Wert-  
34 steigerungen nicht mehr berücksichtigt werden dürfen.

35

# Bezirksparteitag der FDP Ostwestfalen-Lippe am 25.03.2017 in Vlotho

## Zeile

- 1 3. Es muss gewährleistet sein, dass die Institutssicherungssysteme der Sparkassen und Volks-
- 2 banken nicht durch ein europäisches Einlagensicherungssystem ausgehebelt werden. Eine
- 3 Vergemeinschaftung der Einlagensicherungssysteme in Europa gilt es zu verhindern, denn
- 4 dadurch würden regionale Sparkassen, Volksbanken und ihre Kunden mittelbar für die Schief-
- 5 lagen von Banken in anderen Ländern haften.
- 6
- 7 4. Die EZB muss zu einer Geldpolitik zurück, die Sparen nicht bestraft, sondern wieder belohnt.
- 8
- 9
- 10
- 11
- 12
- 13
- 14
- 15
- 16
- 17
- 18
- 19
- 20
- 21
- 22
- 23
- 24
- 25
- 26
- 27
- 28
- 29
- 30
- 31
- 32
- 33
- 34
- 35
- 36

# Bezirksparteitag der FDP Ostwestfalen-Lippe am 25.03.2017 in Vlotho

Seite 7

ANTRAG NR.

---

## Zeile

1 **„Förderschulstruktur erhalten – Basisangebot regional definieren“**

2

3 Initiiert durch die rot-grüne Landesregierung und die de facto Heraufsetzung der Mindestgrößen kam  
4 es in den letzten Jahren zu Zusammenlegungen und Schließungen von Förderschulen in Bielefeld  
5 und der Region. Diese Vernichtung einer einzigartigen pädagogischen Ressource wollen wir, soweit  
6 es auf kommunaler Basis möglich ist verhindern. Wir fordern daher, dass in OWL die Kreise und die  
7 kreisfreie Stadt Bielefeld in Abstimmung ein nach Förderschwerpunkten differenziertes Basisangebot  
8 an Förderschulen definieren. Dieses soll die Schulen benennen, die trotz (derzeit) rückläufigen Schü-  
9 lerzahlen zu erhalten sind, damit Kinder, für die diese Schulform die beste Fördermöglichkeit ist, wei-  
10 terhin Zugang haben.

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29